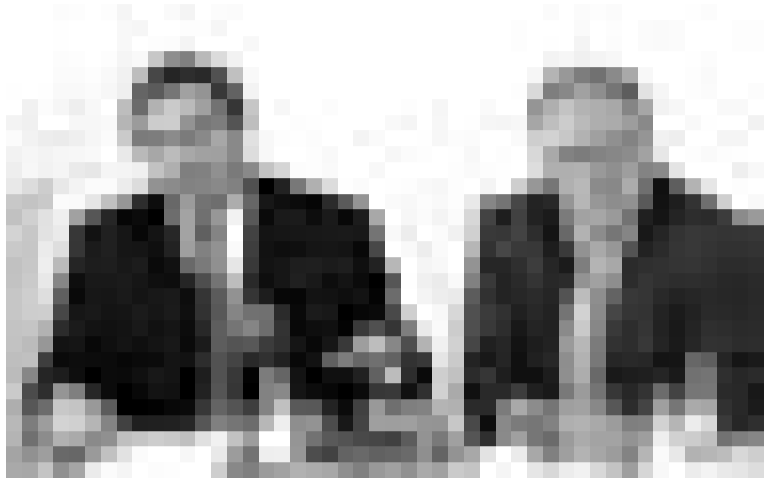


KLIMASCHUTZ

# Erneuerbare Reden



Um einen Ausgleich zwischen Wirtschafts- und Umweltinteressen bemüht: Jeannot Krecké und Lucien Lux bei einer gemeinsamen Pressekonferenz zur Reach-Direktive.

(Foto: Marcel Ernst/eu2005.lu)

Ein neuer Anlauf in Sachen Klimapolitik wurde angekündigt. Ob dabei mehr herauskommt als vierfarbige Broschüren für alle Haushalte, ist fraglich.

Lucien Lux versuchte, beschwörende Worte zu finden: "Die Folgen des Klimawandels werden verheerend sein. Wir müssen nicht nur Politiker und Beamte, sondern alle, die etwas zum Klimaschutz beitragen können, wachrütteln." Gemeinsam mit Wirtschaftsminister Jeannot Krecké hatte der Umweltminister am vergangenen Mittwoch zu einer Pressekonferenz über Luxemburgs künftige Klima- und Energiepolitik eingeladen. Erklärter Zweck der Veranstaltung war, einen öffentlichen Diskussionsprozess in Gang zu bringen, an dessen Ende ein neues Klimaschutzprogramm stehen soll. Vor allem Jeannot Krecké machte die Vorgängerregierung dafür verantwortlich, dass man gewissermaßen bei Null anfangen müsse: "Es gibt derzeit keine energiepolitische Strategie, weil ich bei meinem Amtsantritt keine vorgefunden habe." Die ihm unterstellte Energieabteilung sei unterbesetzt. An die Umweltschutzorganisationen richtete er die Bitte, etwas mehr Geduld und Nachsicht zu zeigen.

### Bei Null anfangen

Die Bitte kam nicht von ungefähr: Zwei Tage zuvor hatten der Mouvement écologique und Interessenvertreter des Sektors der erneuerbaren Energien die Regierung scharf kritisiert. Seit Herbst 2004 warten die Hand-

werker und ihre potenziellen KundInnen auf neue Förderregelungen. Den im Februar vorgelegten Regierungsentwurf hatten sie mit starken Vorbehalten aufgenommen. Doch seither liegt die Angelegenheit auf Eis. "Wir werden immer wütender", sagte Mouvement-Präsidentin Blanche Weber. Die gesamte Förderpolitik für erneuerbare Energien werde unglaublich, wenn risikobereite Handwerker und interessierte BürgerInnen so im Ungewissen gelassen würden. "Wenn es in diesem Tempo weitergeht, steht der Umweltminister zur Eröffnung der Ökofoire im September mit dem Finger im Mund da."

Als Antwort auf diese Vorwürfe verwiesen die beiden zuständigen Minister bei ihrer Pressekonferenz darauf, dass zurzeit der Staatsrat mit den Regelungen befasst sei. Sie hofften, die Texte möglichst schnell verabschieden zu können. Guten Willen zu zeigen und große Worte zu machen, das war schon in der vorherigen Amtsperiode das Patentrezept in Sachen Umweltpolitik. Lux versicherte, bei der Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes in Luxemburg gebe es keine Tabus und berichtete von seinen "guten Gesprächen" mit US-Vertretern im Rahmen der Présidence. Die offizielle Haltung des Ministeriums in Sachen Klimaschutzziel hat sich allerdings verändert. Luxs Vorgänger Charles Goerens wollte noch "versuchen", 28 Prozent CO<sub>2</sub> gegenüber den Emissionen von 1990 im eigenen Land einzusparen. Mittlerweile wird wie selbstverständlich auf "flexible Mechanismen" zurückgegriffen. Ein Teil der Luxemburger Einsparungen wird in anderen Ländern erbracht werden, deren CO<sub>2</sub>-Ausstoß - und deren Lebensstandard - jetzt viel niedriger ist als unserer.

Die Verantwortung hierfür trägt allerdings in erster Linie Goerens. Er hatte zwar ein Strategiepapier mit 29 Maßnahmen zum Klimaschutz vorgelegt, es aber versäumt, verbindliche Ziele festzulegen. Demnach wurde getan "was möglich war", und Ende 2003 festgestellt, dass es nicht reichte. Im Rahmen der EU-Verpflichtungen erarbeitete die Regierung einen Emissionsplan, der den massiven Rückgriff auf flexible Mechanismen und CO<sub>2</sub>-Zertifikate vorsieht. Dabei wurde vorgerechnet, dass es billiger sei, sich freizukaufen, als Sparmaßnahmen zu finanzieren. Was Goerens nur als Notlösung gelten lassen wollte, wurde zum Credo der Luxemburger Klimaschutzpolitik.

"Wir werden Wirtschaft und Umwelt nicht gegeneinander ausspielen", versicherte Lux am Mittwoch. Dass die beiden LSAP-Minister besser miteinander können als seinerzeit Goerens und Henri Grethen ist ein gutes Vorzeichen für den öffentlichen Diskussionsprozess, mit dem die Klimaschutzpolitik vorangebracht werden soll. Positiv sind auch die recht erfolgreichen Bemühungen des Umweltministers, die EU auf ehrgeizige Ziele über das Kyoto-Abkommen hinaus einzuschwören. Sogar in

den USA habe die Industrie begriffen, dass der Klimaschutz auch Wettbewerbsvorteile mit sich bringe, wusste Lux zu berichten. Leider scheint sich diese Einsicht bei der Luxemburger Industriellenföderation noch nicht durchgesetzt zu haben.

Luxemburgs Industrielle aber wurden von Jeannot Krecké mit Samthandschuhen angefasst. "Der Energiepreis ist eine kritische Größe. Wir brauchen vier Prozent Wachstum, also neue Investitionen. Damit sich Investitionen lohnen, darf die Energie nicht zu teuer sein", so Krecké zur Ökosteuer-Debatte. Es gebe zwei extreme Positionen: Die Wirtschaft und die Konsumenten wollten möglichst niedrige Energiepreise, die Umweltökonom dagegen forderten, die Umweltschäden in den Preis einzubeziehen.

### Kleine Lügen

Der einst dem Mouvement nahe stehende Krecké gibt sich sichtlich Mühe, dieses Image loszuwerden. Wie ein Wirtschaftslobbyist suggeriert er, Klimaschutz sei nur ein Gefalle, den man ein paar Umweltfreunden erweise. Typisch ist auch das simplistische Argument, vier Prozent Wachstum seien nötig, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Je nachdem, welche Sektoren davon profitieren, kann Wachstum nämlich besonders energieintensiv sein ... oder besonders viele Arbeitsplätze schaffen. Entscheidend ist, welchen Sachzwängen die Regierung Priorität einräumt. Statt zu fragen, wie viel Klimaschutz sich noch mit vier Prozent Wachstum verträgt, müsste man sehen, welches Wachstum klimakompatibel bleibt. Um eine Klimakatastrophe zu vermeiden, müssen bis 2050 die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Europa um mehr als die Hälfte gesenkt werden, so die Einschätzung der Klima-ExpertInnen. Dazu hätte Luxemburg, angesichts seines europaweit höchsten Pro-Kopf-Ausstoßes, einen besonders hohen Beitrag zu leisten.

Auch Lucien Lux war sich nicht zu schade, Luxemburgs schlechte Klimaschutzbilanz mit Halbwahrheiten zu beschönigen: Das Kyoto-Rechenmodell laste ungerechterweise Luxemburg das CO<sub>2</sub> aus dem Tanktourismus und aus der Escher Gasturbine an. Mit keinem Wort aber erwähnte er die Stromimporte - 60 Prozent des Gesamtverbrauchs - deren CO<sub>2</sub>-Gegenwert nicht Luxemburg, sondern Deutschland und Belgien angerechnet wird. Der ebenfalls anwesende Experte Dieter Ewringmann gar warnte vor einer Benzinpreiserhöhung, bei der am Ende die Luxemburger im Ausland tanken müssten. Dabei fordert selbst Greenpeace nur eine Angleichung an den Preis in den Nachbarländern. Solche unsachlichen Argumente sollen wohl dazu dienen, Luxemburgs KlimaschützerInnen ins Abseits zu drängen. Sie unterminieren aber vor allem die Glaubwürdigkeit der Regierung in Sachen Klimaschutz.

Raymond Klein

### Flics et fonctionnaires

Qui n'a pas déjà vainement tenté de joindre une administration avant d'être renvoyé d'une personne à l'autre, tout ça sur fond d'un interminable morceau de Rondo Veneziano? Cette fois-ci, le Médiateur, Marc Fischbach, a sondé les administré-e-s qui ont pu exprimer leur mécontentement sur le travail des fonctionnaires ailleurs qu'au bistrot. Sur les 788 questionnaires envoyés, 327 réponses ont été retournées. Divisé en plusieurs parties, le questionnaire a été conçu pour sonder aussi bien l'efficacité, la courtoisie que la célérité des services publics. A l'aune des résultats, le Médiateur recommande aux administrations publiques de réaliser de sérieux efforts aux niveaux de l'accessibilité, de la diligence et de la patience d'explication. Patience et courtoisie ne semblent cependant pas faire partie des vertus essentielles de certains policiers. Marc Fischbach a en effet évoqué le cas d'un élève mineur de nationalité serbe et dont les parents en procédure d'expulsion étaient en fuite. Arrêté par les forces de l'ordre à la descente d'un bus le 11 avril de cette année, le jeune homme fut immédiatement menotté en public devant ses camarades de classe. Jugéant cette action disproportionnée et humiliante, le Médiateur en a référé au Ministre de la Justice qui s'est contenté de transmettre le dossier aux services de police.

### Kinder verzweifelt gesucht

Ein achtjähriger Junge aus Luxemburg ist offenbar in Schweden verschwunden. Das gemeinsame Kind einer Luxemburgerin und eines Deutschen soll von seinem Vater entführt worden sein. Das teilte die Ombudsfrau für Kinderrechte, Marie-Anne Rodesch-Hengesch, der woxx mit. Hintergrund ist vermutlich ein Sorgerechtsstreit, der nach Angaben von Rodesch-Hengesch sich schon über etliche Monate hinzieht. Nachdem die luxemburgischen Stellen das Kind zwischenzeitlich in Schweden lokalisiert hatten, sollte die Mutter den Jungen nach fast drei Jahren Trennung wieder sehen können. Daraus wird nun erst einmal nichts: Sowohl Vater und Kind sind plötzlich unauffindbar. Eine EU-Verordnung bei Kindesentführungen, die seit 1. März in allen Ländern der EU gilt, sieht zwar die sofortige Rückgabe an das Ursprungsland vor. Weil die eigentliche Entführung aber schon mehr als sechs Monate zurückliegt, findet die Verordnung in diesem spezifischen Fall aber keine Anwendung. Auch das Recht, das eigene Kind besuchen zu dürfen, wird durch die neue Regelung, zumindest auf dem Papier gestärkt. Der jüngste Fall ist leider nicht der einzige seiner Art: "Ich suche auch einen portugiesischen Jungen", sagt Rodesch-Hengesch. Der Fünfjährige werde seit Weihnachten vermisst. Er soll ebenfalls von seinem Vater an einen unbekannten Ort in Portugal entführt worden sein.

### Appell der 66 für die EU-Verfassung

66 Ja-Stimmen sind schon mal sicher. Der Vertrag zur europäischen Verfassung sei ein "wichtiger Schritt für die Entwicklung eines wiedervereinten Europas", heißt es in einem Aufruf, der am Donnerstag der Presse vorgestellt wurde. 66 Personen aus dem öffentlichen Leben, darunter die Historiker Gilbert Trausch und Denis Scuto, Caritas-Präsident Erny Gillen und der Theatermacher Frank Hoffmann haben den "Appell vun de 66 fir de Jo" unterschrieben. Darin steht zwar, dass der Verfassungstext, über den die LuxemburgerInnen am 10. Juli abstimmen sollen, "weit entfernt davon" sei, perfekt zu sein. Gleichwohl nennen die UnterzeichnerInnen zwölf Punkte, warum sie die Verfassung unterstützen. "Das sei kein blindes Ja", sagte Erny Gillen auf der Pressekonferenz. Für den Moralthologen sind die Werte, die im ersten Teil genannt werden - die ausdrückliche Würdigung gemeinsamer kultureller und humanistischer Wurzeln, die soziale Marktwirtschaft, das Ziel der Vollbeschäftigung, Grund genug, beim Referendum mit Ja zu stimmen. Die Initiative für den Appell soll bereits im März genommen worden sein, "ganz sicher nicht im Auftrag der Regierung", wie Gilbert Trausch betonte. Der Aufruf kann in ganzer Länge unter [www.constitution-ok.lu](http://www.constitution-ok.lu) eingesehen werden.

